

empfehlenswert, weil er sich darin über eine zur Zeit laufende Auseinandersetzung informieren kann, den Zusammenstoß des alten Asiens mit dem modernen Westen.

Sung-Hee Lee-Linke

AUFBRUCH ZUR BEFREIUNG

Heinrich Schäfer, Befreiung vom Fundamentalismus. Entstehung einer neuen Praxis im Protestantismus Guatemalas. edition liberacion, Münster 1988. 189 Seiten. Pb. DM 23,80.

Diese Fallstudie über die presbyterianische Kirche in Guatemala entstammt einem Forschungsprojekt über den Protestantismus in Zentralamerika am Ökumenischen Institut der Universität Bochum. Ihre Veröffentlichung wurde vom Reformierten Weltbund unterstützt. In seinem Vorwort formuliert Lukas Vischer die Fragen, auf die dieser Band Antwort zu geben versucht: Wie ist diese kleine evangelische Minderheit entstanden? Wie hat sie sich entwickelt? Inwieweit ist sie über ihre nordamerikanischen Ursprünge hinausgewachsen und wirklich ein Teil von Guatemala geworden?

Das alles klingt noch nach regionaler Konfessionsgeschichte. Aber im Spiegel der Geschichte dieser kleinen Kirche lassen sich wesentliche gesellschaftliche und sozio-religiöse Problemstellungen erkennen, so daß die Studie über Guatemala hinaus exemplarischen Erkenntniswert für ganz Lateinamerika hat.

Sie besticht durch die anschauliche und konkrete Darstellung der ökonomischen, politischen und mit ihnen verbunden der konfessionellen Entwicklung des Landes im letzten Jahrhundert; einen besonderen Akzent legt der Autor auf die Erklärung der Dynamik der Pfingstbewegung und der Neopfungstler

(Charismatiker) und ihren Einfluß auf die presbyterianische Kirche. Es wird einleuchtend, daß in einer sozialen Elends- und Unterdrückungssituation die Pfingstgemeinde für die soziale Unterschicht eine Fluchtalternative darstellt, während die Neopfungstler (Charismatiker) der oberen Mittelschicht eine geistliche Legitimation u.a. ihrer antikommunistischen Politik vermitteln.

Auf dem Hintergrund dieser Negativfolie stellt der Autor die Entstehung von Maya-Presbyterien als eine gelungene Geschichte authentischen Christentums dar. Rechtfertigung und Heiligung, Bekenntnis und Nächstenliebe gehören hier zusammen. Bekehrung wird als Hinwendung zu den konkreten Nöten der Lebensgemeinschaft verstanden, die in der Tradition der Maya-Indianer von jeher wichtiger ist als das individuelle Wohlergehen.

Auf diese Weise hat sich eine eigene protestantische Theologie der Befreiung herausgebildet, die im politischen Kontext Guatemalas wie ihre katholische Schwester wegen angeblicher kommunistischer Umtriebe und des Zusammenwirkens mit der bewaffneten Guerilla verdächtigt und verfolgt wird.

Schäfers Studie basiert auf vielen Interviews und Predigten der Betroffenen selber. Er hat sein Material chronologisch geordnet nach Daten der politischen Herrschafts- und Unterdrückungs- sowie der kirchenpolitischen Geschichte. Seine Ergebnisse beurteilt er weitgehend mit Kriterien der funktionalen Religionssoziologie. Interessant ist die theologische Auseinandersetzung mit pfingstlicher und charismatischer Frömmigkeit, für die eine fundamentalistische Sündentheologie und Endzeiterwartung in der presbyterianischen Kirche den Boden bereitet hat. „Wer die

gestaltende Zuwendung der Christen zur Welt grundsätzlich in Frage stellt, zieht zugleich die Herrschaft des auferstandenen Christus über die ‚Mächte und Gewalten‘ in Zweifel“, urteilt der Autor.

Eine ausführlichere theologische Auseinandersetzung dieser Art zusammen mit mehr theologischen Zeugnissen der so hoffnungsvollen Maya-Presbyterien würde den Zweck der Studie noch besser erfüllen, als sie es so schon tut.

Ingo Lembke

Sanktionen gegen Südafrika. Eine Studie des Starnberger Instituts. Dokumentation: Erklärungen der Synode und des Rates der EKD. Texte zum kirchlichen Entwicklungsdienst 41. Verlag Dienste in Übersee, Hamburg 1988. 101 Seiten. Geb. DM 6,40 (Stafelpreise).

Die Frage nach Sanktionen gegen die Wirtschaft der Republik Südafrika bleibt in der Bundesrepublik lebendig, weil Aktionsgruppen sie wachhalten. So kann leicht der Eindruck entstehen, als gehe es dabei um demonstrative Forderungen einer protestierenden Minderheit. Die Studie aus Starnberg ist auch heute noch lesenswert, weil sie die internationale Breite der Sanktionenbefürworter und die politische, aber auch wirtschaftlich mögliche Effizienz entschlossener Sanktionen erweist.

Inbesondere durch die empirische Darlegung der hochgradigen Abhängigkeit gerade der südafrikanischen von der Weltwirtschaft gelingt es der Studie zu zeigen, warum Südafrika bei effektiven Sanktionen vor der Alternative stünde: Apartheid oder weltwirtschaftliche Integration. Moralisch-politische Appelle haben die weiße Minderheitsregierung nie erreicht; auch die bloße Androhung von Sanktionen hat keine Wirkung

gehabt – ernsthafte und effektive Sanktionen, die technisch-organisatorisch durchaus machbar sind, wären ein wirksames Mittel, so meinen die Starnberger, eine echte Veränderung zu bewirken, und würden helfen, den drohenden Bürgerkrieg zu vermeiden.

Sanktionen ist dabei ein Sammelbegriff für Maßnahmen auf ganz unterschiedlichen Ebenen:

1. Es geht sowohl um einen Boykott von Waren aus wie um einen Stopp von Lieferungen nach Südafrika.
2. Auch wenn die Schätzungen zwischen 20 und 70 % Anteil ausländischen Kapitals am gesamten Kapitalstock Südafrikas schwanken, sind die Autoren der Überzeugung: Effektive wirtschaftliche Sanktionen müssen auch im Bereich des ausländischen Eigentums ansetzen (sog. Desinvestment).
3. Südafrikas internationale Finanzbeziehungen haben sich ganz ähnlich entwickelt wie die der hoch verschuldeten Entwicklungsländer: Die Schuldendienstquote (in Prozent der Exporterlöse) ist von 5 % Anfang der 70er Jahre auf 13 % Mitte der 80er Jahre gestiegen; das reicht aus, Südafrika vom guten Willen seiner Kreditgeber abhängig zu machen. Deshalb gibt es im Rahmen von Umschuldungsverhandlungen durchaus weitere Möglichkeiten der wirtschaftlich-politischen Einflußnahme auf die südafrikanische Regierung.

In allen drei Bereichen dominieren die gleichen Länder als Partner: USA, Großbritannien, Bundesrepublik, Frankreich, Schweiz und Japan. Weil diese, außer den USA, nur sehr zögerlich und eher marginal Sanktionen verlangen und durchgesetzt haben, fallen die wirtschaftlichen und politischen